

Bezugspreis:

Wochenschrift 50.- M., monatlich 1.50.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Montag, den 27. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Allsozialistische Konferenz in Berlin.

Frankfurt a. M., 27. Februar. (Intel.) Sonntag abend trafen die Vertreter der Exekutiven von London und Wien zu einer weiteren Besprechung zusammen.

Im Beisitz Ihres Vorschlags, eine allgemeine Konferenz der proletarischen Parteien einzuberufen, beschreiben wir uns, Ihnen unsere Zustimmung zu einer Vorbesprechung der Exekutiven von London, Moskau und Wien zu übermitteln, die die Möglichkeit der Einberufung einer gemeinsamen Konferenz prüfen soll.

Friedrich Adler erklärte namens der Internationalen Arbeitergemeinschaft, daß man sich nunmehr über die praktischen Fragen der Sitzung der drei Exekutiven aussprechen könne.

Frankfurt a. M., 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Aufnahme des Antwortschreibens der Zweiten Internationale auf die Einladung zu einer allgemeinen sozialistischen internationalen Konferenz erfahren wir noch, daß das Scheitern in der gestrigen Sitzung der beiden Exekutiven nicht Gegenstand der Diskussion bildet.

Die Fünfländerkonferenz.

Die Konferenzleitung gibt bekannt: Im weiteren Verlauf der Sonnabendtagung überreichte, nachdem Leon Blum das Exposé der französischen sozialdemokratischen Partei über die Reparations- und die Entwaffnungsfrage vorgelegt hatte, Shaw im Namen der englischen Labour Party gleichfalls eine Denkschrift über die Wiederaufbaufrage.

Die nächste Plenarsitzung wurde auf Montag vormittag 10 Uhr festgesetzt.

Frankfurt a. M., 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Aus der Verschiebung der Plenarsitzung auf Montag vormittag ist nicht etwa zu schließen, daß Meinungsverschiedenheiten zu der Vertagung beigetragen haben.

Das Kapital macht in Devisen.

An der heutigen Berliner Börse standen die Ergebnisse der Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré im Vordergrund des Interesses. Man ist der Meinung, daß hinsichtlich des Reparationsproblems auf die nächste Zukunft keinerlei Hoffnungen gesetzt werden können.

Genua 10. April.

Ueber die Boulogner Konferenz ist folgendes französische Communiqué ausgegeben worden:

Lloyd George und Poincaré hatten heute in Boulogne-sur-Mer eine Unterredung von mehr als drei Stunden Dauer, in deren Verlauf sie im Geiste größter Herzlichkeit eine gewisse Anzahl augenblicklich unter den Alliierten aufgeworfener Probleme besprochen haben.

Lloyd George und Poincaré haben sich in sehr freundschaftlicher Weise über die Fragen verständigt, die verhandelt wurden, und die Gewißheit erhalten, daß das Einverständnis zwischen England und Frankreich in allen internationalen Fragen auch die fruchtbarsten Ergebnisse zeitigen werde.

In der gleichen Weise hat sich Lloyd George zu den Journalisten über die Konferenz geäußert; er soll sogar gesagt haben, daß der englisch-französische Garantievertrag fertig sei und demnächst in London von Poincaré und Lloyd George unterzeichnet werden würde.

Diese Frage ist darum so wichtig, weil Lloyd George durch den Garantievertrag Frankreich von seinen Rüstungen und der sonstigen Angstpolitik abbringen will.

In Genua soll über die Friedensdiktate ja nicht geredet werden. Man will also Europa und die Weltwirtschaft wieder aufbauen, ohne den Ursachen ihrer vollkommenen Zerrüttung zu Selbe zu gehen.

Poincaré hat sich dahin geäußert, er werde Lloyd George wohl erst am 10. April in Genua wiedersehen; danach scheint es mit dem Garantievertrag noch aufse Wege zu haben.

Inzwischen erleidet die englische Regierung im eigenen Lande eine Wohnniederlage nach der anderen. Bei der Erbschaftswahl in Boston wurde der Kandidat der unabhängigen Liberalen (Asquiths Antivertfallsparterie) gewählt und die Koalitionsmehrheit (1918: 3583 Stimmen) in eine Minderheit von 311 Stimmen umgewandelt.

Hat Poincaré umgelernt?

Das Pariser Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ schreibt, Poincaré habe seit der Veröffentlichung seiner Artikel in der „Revue des deux mondes“ diese Fortschrittlichkeit gemacht.

Agrarbewegung in Nordamerika.

Von Virgil Jordan.

Der Faktor in der wirtschaftlichen und politischen Lage der Vereinigten Staaten, der derzeit die stärkste Beachtung verdient, ist zweifelsohne die Entwicklung einer ausgesprochen agrarischen Klassenbewegung und deren Auswirkung in den innerpolitischen Ereignissen.

Als neueste Phase erscheint eine von der Regierung herbeigeführte Schwächung und vielleicht Veruneinigung der Agrargruppe im Senat.

Die bereits erwähnte Landwirtschaftskonferenz, die den Weg eröffnet zu haben scheint für eine gewisse Zügelung der Macht der Farmergruppe, hat verschiedene Maßnahmen für eine Besserung der wirtschaftlichen Position des Farmers in Vorschlag gebracht.

Agrarbewegungen sind in den Vereinigten Staaten nichts durchaus Neues; sie traten besonders hervor während der Wirtschaftsdpressionen nach dem Bürgerkrieg und der des Jahres 1892 und führten schon damals zur Erhebung von Forderungen ähnlich der heute vorgebrachten Gewährung von Krediterleichterungen und Revision der Zollerzölle.

Eine deutliche Sprache führt die folgende, auf amtlichem Material beruhende Gegenüberstellung der Löhne der Eisenbahner, der Löhne der Gewerkschaften in 72 Industrien, der landwirtschaftlichen Löhne und der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse:

Table with 4 columns: Eisenbahner-Löhne, Gewerkschafts-Löhne, Landwirtschafts-Löhne, Preise für Erzeugnisse zu Vergleich. Rows for years 1913-1921.

Die schlimme Lage des Farmers geht ferner hervor aus Tatsachen wie der, daß im Jahre 1921 gegen 340 000 Ballen Baumwolle mehr exportiert worden sind als 1920 für eine Bezahlung, die noch nicht die Hälfte der für die Ernte von 1920 erzielten beträgt.

Die Agrarbewegung von heute geht jedoch nicht auf rein wirtschaftliche Motive zurück. Sie gehört zu den Symptomen des Uebergangs der Vereinigten Staaten aus einem vorwiegend agrarischen in ein Industrieland, bei welchem Uebergang bisher die landwirtschaftlichen Interessen den industriellen stark untergeordnet worden sind, wie sich das im

einzelnen darin zeigt, daß die Kredit-, Transport- und Vermarktungsmöglichkeiten günstiger für die Industrie sind als für die Landwirtschaft, daß die Rückbildung der Preise die landwirtschaftlichen Erzeugnisse am stärksten getroffen hat, daß die Industrie den Ton angibt bei der Gestaltung der Löhne wie der Preise, daß für das ländliche Leben nichts getan wird, daß die Bevölkerung nach den Städten abwandert usw. Von 1910 auf 1920 ging der in der Landwirtschaft beschäftigte Teil der Bevölkerung um 7 Proz. zurück. Wenn auch die Landwirtschaft immer noch den größten Erwerbszweig des Landes, am Wert ihrer Erzeugnisse gemessen, darstellt, so hat sich zwischen 1910 und 1920 das Verhältnis der Zahl der von ihr Beschäftigten zu der von der Industrie Beschäftigten gerade umgekehrt.

Hand an Hand damit geht eine Umstellung in politischer oder psychologischer Beziehung. Der alte agrarische Konservatismus wird liberal, gemessen an der Haltung der Industrie. Er gewinnt ein zunehmend roditales Gesicht bei den sich mehrenden Konflikten mit der Industrie. Die landwirtschaftlichen Kreise wenden sich gegen eine Steuererhöhung, die der Industrie günstig ist, befürworten niedrige Zölle auf Industrieerzeugnisse und hohe auf landwirtschaftliche und Rohstoffe; sie treten ein für eine Verstaatlichung oder regierungsseitige Kontrolle der Eisenbahnen und schließen sich immer fester zusammen in Richtung gegen einen hemmungslosen Industrialismus und dessen schlimme Begleiterscheinungen.

(F. P. S.)

Boldt und Dithmar in Schweden?

In der Sonntagsausgabe unseres pommerschen Bruderblattes, der Swinemünder „Volkswacht“, lesen wir folgende Erklärung des verantwortlichen Redakteurs Alex. Köhler:

Während des Eisenbahnerstreiks erfuhr ich, daß die Steuerbriefe verfolgten Offiziere Dithmar und Boldt sich in Swinemünde aufhielten, um mit einem hier im Hafen liegenden ausländischen Dampfer nach Schweden zu gelangen. Das ist ihnen gelungen! Das Schiff hat den Hafen verlassen dürfen entgegen ausbrechlicher Anordnung des Schiffahrtsdirektors. Die Presse in Swinemünde war in den Tagen, an denen man versuchte, der Offiziere habhaft zu werden, vom Landrat aus erklärlichen Gründen gebeten worden, der Öffentlichkeit diese Mitteilung noch nicht zu machen, die Behörde würde ihr einen Bericht zustellen. Die „Volkswacht“ wartet heute noch darauf. Ausreden oder Verleumdungen helfen jetzt nicht. Es muß Farbe bekant werden! Wer hat die Flucht von Dithmar und Boldt ermöglicht?

Nach einer bei Redaktionsschluss einlaufenden Meldung der B.Z. handelt es sich nur um ein Gerücht, das sich nicht bestätigt haben soll.

Er entkühlt sich. In den Kapp-Tagen hat sich der in Kottbus stationierte Reichwehramajor v. Buchruker dadurch hervorgetan, daß er der verfassungstreuen Arbeiterschaft, die sich zur Abwehr des hochverräterischen Unternehmens zusammengeschlossen hatte, blutige Schlägen lieferte. Obwohl dieser Herr in einer später von ihm veröffentlichten Broschüre zynisch zugab, daß er „keinen Anlaß“ gehabt habe, den Vertretern der Arbeiterschaft die verlangte Erklärung über seine Stellung zur Verfassung abzuwehren, hat er doch stets in Abrede gestellt, auf der Seite der Kappisten gestanden zu haben, und ist hierin vom Reichswehrministerium gedeckt worden. Jetzt veröffentlicht dieser Herr in der „Kreuzzeitung“ einen Artikel „v. Buchruker, Igl. preussischer Major a. D.“ Herr Buchruker will uns damit offenbar bescheinigen, daß wir ihn durchaus richtig beurteilt haben.

Die Verhandlungen über Groß-Hamburg. Heute nehmen in Berlin die Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg über die Lösung der Groß-Hamburger Frage ihren Anfang. Bei diesen Verhandlungen werden als Kommissare Hamburgs Jungfern der 1. und 2. Bürgermeister Dr. Diebel und Stolten, Senator Dr. Peterien, sowie Staatsrat Dr. Siruue. Preussischerseits sind an den Verhandlungen beteiligt Staatsminister a. D. Dr. Südekum, die Staatssekretäre Böhr und Dr. Freund, Ministerialdirektor Krohne vom Preussischen Handelsministerium und Ministerialrat v. Loebell vom Finanzministerium. Bei der Wichtigkeit und Dringlichkeit der zur Beratung stehenden Frage dürften sich die Verhandlungen zweifelsohne über eine längere Zeit erstrecken.

Zwei Welten.

Im Straßenbahnwagen.
Mit grotesken Eisblumenmustern sind die Fenster überzogen. Bei jedem Stoß ächzt und stöhnt der Wagen. Vor Kälte. Die ficht draußen wie mit Millionen feiner Nadeln. Unbarmherzig. Alles fliebt den Seiten. Mit glühenden Rosen und Eiszapfen im Schnurrbart. Fliebt ins Wageninnere.

Man sitzt eng zusammen. Nähe wärmt. Alles ärmlich gekleidete Gestalten. Arbeiter und Arbeiterinnen. Beamte und Kleinbürger. Aus ihren Antlitzern geistert die Not. Eine leise Müdigkeit schwingt. Einer sieht den anderen an. Erkennt sich selbst in ihm. Erkennt feinesgekleidete. Schol, milde, leergebrannt und ausgepowert wie er.

Eine junge Arbeiterin ist mählich eingenickt. Ihr Kopf schaukelt bei jeder heftigen Bewegung des Wagens hin und her. Eine werdende Mutter schließt die Augen. Schwirren herrscht.

Aber dieses Schweigen ist innerlich belebt. Es ist nicht das kalte, große Schweigen, das einen oft mitten in der Großstadt, im dichtesten Gewühl, überfällt.

Die milde, mitleidige Dämmerung nimmt den Dingen die Schärfe der Kontur. Das Gefühl der Gleichheit reißt die Dämme des Fremden nieder. Gleiches Leid ist die tiefste Gemeinschaft. Ganz schlichter Reichtum glüht in den armen verierten Augen für Minuten ein schönes Zeugnis. Es ist ein Abglanz des inneren Friedens, der sich ungewollt von Herz zu Herz mittel. Es ist plötzlich warm im Wagen. Alles ist leicht, nahe und schön. Und ein ganz leises Rächeln flattert über die zerfurchten Antlitz.

Sch allern stehe im Wagen. Ich fühle, wie es mir warm im Halbe aufkommt. Glaube den Buschschlag des ungeheuerlichen Seins in dieser Enge des Straßenbahnwagens zu spüren, gehe unter in den Blumen des Menschlichen, die hier inmitten der bunt und willkürlich zusammengewürfelten Menschen aufstrahlen.

Da zerreißt plötzlich der Zauber. Die Schirtheile wird rauh und hart aufgerissen. Eine Dame in großen Pelzmantel, Muff und Reithut, Florstrümpfen und Lackstiefeln zwingt sich durch die Tür. Hinter ihr ein wohlhabender, bepelzter Herr. Dessen Blick laufen suchend die Gesichterreihe rechts und links ab: etwas Kolltes, Finsternes, Feinliches blüht ihm entgegen. Es ist alles zerstört, was vordem im Wagen schwebte. Und, wie auf Verabredung, keiner rührt sich, keiner steht auf, der Dame seinen Platz anzubieten. Es ist, als fühlten alle, wie sich in in diese unausgesprochene Gemeinschaft etwas Feindliches drängte. Der Schaffner mit Vorbei. Die Dame wird gestoßen. Sie ist empört. Klärter: „Entschuldig!“

Schließlich biete ich ihr meinen Stehplatz an der Türe an. Sie lehnt ab. Kurz, kalt, beleidigt.

Da fällt die Situation ins Komische. Ich weiß selbst nicht wie. Aber ich muß lachen. Die angehende Mutter steigt aus. Die Dame steht sich. „Endlich!“ seufzt sie dabei.

Vorank der wohlhabende, bepelzte Herr sagt: „Ungebildete Menschen! Ungebildete Menschen!“ Paul W. Eisold.

Goethe-Woche in Frankfurt a. M.

Rede des Reichspräsidenten.

Anlässlich der in Frankfurt a. M. beginnenden Goethe-Woche traf Reichspräsident Ebert mit Reichsminister Dr. Koester und Kultusminister Dr. Voelck in Frankfurt a. M. ein. Sonntagabend fand in den Räumen der Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft ein Begrüßungsabend statt, auf dem der Vorsitzende der Gesellschaft Dr. Kohenberg den Reichspräsidenten willkommen hieß und ihm dafür dankte, daß der Vertreter des deutschen Volkes die Gelegenheit wahrgenommen habe, der Welt zu beweisen, daß die wahren Kulturwerte dem deutschen Volke in Erinnerung an seine größten Söhne warm am Herzen liegen.

Der Reichspräsident dankte für die freundliche Begrüßung und fuhr dann fort:

Ihr Herr Vorsitzender hat die Bedeutung der Frankfurter Goethe-Tage dahin gekennzeichnet, daß das deutsche Volk in Erinnerung an Goethe als einen seiner größten Söhne den Begriff einer wahreren Kulturwerte vor aller Welt darstellen wolle, damit Goethe, seine dichterische Gestalt sowohl wie sein ganz bedeutendes Erbenleben als Mensch, gewissermaßen als Symbol aufgestellt werde für das, was wir selbst unter deutschem Weien verstehen und was die Welt darunter verstehen sollte. Neu ist aber, daß wir jetzt Lebenden das Bewußtsein haben, das diese Zeit erfüllt, daß wir entflohen sind, Goethe aus dem kleinen Kreis der Hochgelehrten und Bewunderer herauszuführen und ihn der ganzen Nation zu geben, für die er gelebt hat — darin sehe ich auch die besondere Bedeutung Ihrer Veranstaltung. Deshalb bin ich und mit mir die offiziellen Vertreter der Reichsregierung und der Preussischen Regierung der freundlichen Einladung gern gefolgt. Wo der Versuch unternommen werden soll, Goethe als großen Menschen zu feiern, in dessen Licht und Wärme sich die ganze lebende Generation, das ganze Volk und auch seine politische Organisation, das Reich, die Länder stellen sollen, darf auch die amtliche Leitung des Reiches und des Landes nicht fehlen. Nach dem, was wir im letzten Jahrzehnt erlebt haben, ist es bitter nötig, nach solchen Wegweisern für die Gegenwart und Zukunft zu suchen. Goethe ist ein solcher Wegweiser, nicht allein, weil er ein großer Dichter war und die bedeutendsten Geschenke an die Menschheit hinterlassen hat, sondern weil er in diesen Werken und in seinem Leben alles aufs glücklichste entwickelt und offenbart hat, was das deutsche Volk nach seiner ganzen Veranlagung und Stellung im Kreise der Kulturvölker zu leisten vermag. Lassen wir uns in dieser Auffassung durch nichts beirren! Wohl ist es richtig, daß Goethe das Nationale in das Menschliche hin- und zurück entwickelt und aus fremden Kulturquellen gern und freudig geschöpft hat, aber das soll nicht hindern, auch hierin den großen objektiven Weltgeist zu achten und zu bewundern. So wollen wir Goethe für unsere Zeit gewinnen, weil wir glauben, daß in ihm das deutsche Volk das Fundament findet, auf dem es seine Gegenwart und Zukunft sicher errichten kann. In diesem Sinne möge von den Frankfurter Tagen ein neuer Impuls für das geistige und politische Deutschland ausgehen, Goethe zum zweiten Male von Frankfurt aus den Weg in das deutsche Volk gehen, von der Stadt aus, die wie keine andere in Deutschland geriegt und berufen ist, die Tradition des großen Sohnes zu pflegen und in ihrer glücklichen Lage an dem Ruffe, der den Süden und Norden Deutschlands trennt, ein festes Bindeglied zu sein zwischen Ländern, Stämmen und Menschen verschiedener Eigenart. Wie Goethe nicht Frankfurter Bürgerohn geblieben ist, sondern sich zu einem Geist entwickelte, in dem ganz Deutschland und die ganze Welt sich spiegelten, so ist auch das heutige Frankfurt nicht mehr das Frankfurt der Goethe-Zeit, sondern eine Stadt, deren Horizont weit über Deutschland in die Welt hinausgemacht ist. Mögen beide, die Stadt und ihr großer Sohn, unserem Volke dergestalt Führer sein, daß wir Herkunft, Vergangenheit und das Heimatliche treu bewahren, diesen festen Besitz aber so entwickeln, daß er mehr und mehr auch fremder Achtung und Bewunderung zugänglich wird.“

Schwarz-Rot-Gold verboten!

Die verfassungstreue Reichswehr.

Folgender ständischer Vorfall wird in unserem Münchener Parteiorgan, der „Münchener Post“, veröffentlicht:

Bei einer Falschungsveranstaltung der dritten Kompanie des Reichswehr-Infanterie-Regiments 19, bei der alle Kostüme erlaubt sein sollten, erschien ein Gefreiter dieser Truppe in einem Jackett mit schwarzrotgoldener Schärpe. Sogleich beim Betreten des Saales wurde er von einem Leutnant und einem Oberfeldwebel aufgefordert, mit hinauszukommen, und ihm draußen befohlen, sogleich die Schärpe abzulegen, da

Ein falsch adressierter Schmuckkäbel. Unter der Epigramme „Potsdamerei“ hatten wir am 10. d. M. die Geschmackslosigkeit einer militärischen Notgeldserie an den Pranger gestellt, die vom Potsdamer Magistrat herausgegeben worden ist. Darüber regt sich die „Deutsche Tageszeitung“ maßlos auf. Sie schreibt in ihrer Nummer vom 25. d. M.: „Auf dem Schilde befindet sich nämlich einer jener Gortdijen, die früher in Potsdam in Garnison lagen, und das veranlaßt das sozialdemokratische Blatt, diese ruhmreichen Garderegimenter mit den früher dem Pöbelmunde geläufigen Schimpfwörtern „Badenstecher“, „Rehljäger“, „Struppenjungen“ zu bezeichnen.“ Es folgt dann ein längerer blödes und Humbuges Geschimpf auf die „Vorwärts“-Redaktion. — Wenn die Kavaliere der „Deutschen Tageszeitung“ fast vier Wochen gebraucht haben, um ihren Geist zu diesem Ergüsse zu sammeln, so hätten sie sich inzwischen auch die betreffende Notgeldserie ansehen können. Sie würden dann nämlich entdeckt haben, daß die „früher dem Pöbelmunde geläufigen Schimpfwörter“ Badenstecher, Rehljäger usw. auf den von erznationalistischen Potsdamer Magistrat herausgegebenen Geldscheinen selber stehen, und zwar nicht als Beschimpfung, sondern als populäre Epigramme, die, wie jedes Berliner Kind weiß, sich die betreffenden Garderegimenter früher selbst beigelegt hatten. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat also ihren Schmuckkäbel diesmal vor der falschen Tür ausgegossen. Die reaktionäre Stadtoberverwaltung von Potsdam mag sich bei ihr für die lustige Huldbigung bedanken.

Vertrauter Rabau-Nationalismus. Wie das „Potsdamer Volksblatt“ meldet, ist das Unternehmen „Baterländische Festspiele“ von Ulrich Haupt zusammengebrochen. Bekanntlich wurden diese „Festspiele“ auf dem Braubausberg in Potsdam veranstaltet. Bei den Vorstellungen, in der die „Herrenschlacht“ ausgeführt wurde, kam es oft zu sehr häßlichen, von nationalisierender Seite gemachten Kundgebungen und Auswüchsen. Das Konfuziusverfahren wurde vom Gericht abgelehnt, weil selbst die Ordnung der dadurch entstehenden Gerichtskosten nicht vorhanden ist.

Keine Heller mehr. Das österreichische Leuerungsseid hat zur Aufgabe des Hellers geführt. Die Gemeinde Wien hat verfügt, daß im Geldverkehr der Gemeinde die Berechnung der Hellerbeiträge künftig zu entfallen habe. Auch das Finanzministerium hat an alle ihm unterstehenden Behörden und Ämter einen Erlaß gerichtet, der die Aufhebung von Hellerbeiträgen auf ganze Kronen im staatlichen Geldverkehr verfügt und unter anderem besagt, daß zur Vereinfachung der Zahlungen und Berechnungsgeschäfte für die Dauer der gegenwärtigen Geldverhältnisse Zahlungen und Empfänge tunlichst nur in ganzen Kronen (ohne Hellerbeiträge) vollzogen werden.

So schwindet der alte Heller, um nur noch im Volkslied und in der Kulturgeschichte fortzuleben.

Die neuen Reichsriegel. Das neue Reichsriegel liegt jetzt zur Veröffentlichung vor und wird demnächst an öffentlicher Stelle ausgehängt werden, so wie das bei den Flaggentafeln bereits geschehen ist. Allmählich werden dann alle behördlichen Stempel und Siegel durch die neue Ausführung ersetzt werden, die in mehreren Größen

darin der Major und gewisse andere Leute Anstoß nahmen. Auf die Entgegnung des Gefreiten, daß die Schärpe ja doch nur die Reichsfarben trage, erwiderte der Leutnant: „Für uns kommt nur die Flagge Schwarz-Weiß-Rot in Betracht.“ Eine Erklärung des Gefreiten gegenüber dem Oberfeldwebel, er werde die Sache nicht auf sich beruhen lassen, wurde von diesem beantwortet: „Jetzt machen Sie keine Sachen, Sie sind doch kein Republikaner!“ Der Gefreite erwiderte: „Doch, ich bin Republikaner, ich habe den Eid geschworen, der Regierung zu dienen und werde diesen Eid auch halten!“ Darauf ließ der Oberfeldwebel den Gefreiten von drei Mann zum Saale hinauswerfen und so verhaun, daß ihm das Blut aus Mund und Nase kam. Die Schlägerei wurde erst eingestelt, als noch mehr Soldaten hinzukamen. Der Gefreite erstattete sofort auf der nächsten Wache Anzeige.

Wir haben die Meldung einige Tage zurückgehalten, weil wir glaubten, daß das zuständige Wehrkreiskommando 7 bzw. das Reichswehrministerium sich zu diesem ungeheuerlichen Vorkommnis äußern würde. Da sich aber alle militärischen Stellen in die schweigende Schweigen hüllen, so stellen wir hiermit öffentlich die Frage: Was gedenkt der Herr Reichswehrminister zu tun, um die Verhöhnung der Reichsfarben und die Mißhandlung verfassungstreuer Soldaten in der Reichswehr zu verhindern?

Raehne nicht „tatverdächtig“!

Die Korrespondenz R. S. von zuständiger Seite erfährt, ist es nicht zutreffend, daß der Potsdamer Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Habelt die Vollstreckung eines Haftbefehls gegen Hauptmann v. Raehne wegen mangelnden Fluchtverdachts abgelehnt hat. Der Grund, weshalb Herr v. Raehne bisher nicht in Haft genommen worden ist, liegt vielmehr in dem Mangel eines hinreichenden Tatverdachts, und zwar unter Berücksichtigung der bisherigen Ergebnisse der Voruntersuchung. Ein Fluchtverdacht würde überhaupt erst dann in Frage kommen, wenn gegen v. Raehne ein Tatverdacht bestände.

Wie die gleiche Korrespondenz weiter erfährt, wird der junge Herr v. Raehne, dessen Verhalten ebenfalls zu der Erregung gegen die Schloßbesitzer von Behom Anlaß gegeben hat, auf Grund vom Vereinbarung, die innerhalb der Familie getroffen worden sind, nicht mehr nach Behom zurückkehren.

Die Justiz steht offenbar auf dem Standpunkt, daß v. Raehne senior in „Rotwehr“, wie er behauptet, gehandelt habe. Die Raehnes befinden sich bekanntlich im Dauerzustand der Rotwehr, sie sind allesamt Unschuldslämmer, die nur unter den ständigen Rechtsverletzungen der anderen zu leiden haben. Nach diesen Vorspielen nehmen wir an, daß das Gerichtsverfahren gegen v. Raehne mit der Verleihung der goldenen Rettungsmedaille an den Angeklagten für Niederschießung des Arbeiters Rietert enden wird.

Ein „altpreussischer“ Polizeimajor.

Die reaktionäre Presse beschimpft den Genossen Seering, weil er den Major der Schutzpolizei in Halle, Gartner, vom Dienst suspendiert hat und ergängt ihre Beschimpfungen mit gänzlich unwahren Behauptungen. Es erscheint deshalb angebracht, festzustellen, warum dieser Major vom Dienst suspendiert wurde: In der Nacht vom 18. zum 19. Februar um 1/2 Uhr traf ein Polizeibeamter in einem Wirtshaus 15 Offiziere der Schutzpolizei, darunter den Major Gartner bei einem Trinkgelage an. Der Beamte ließ den Major durch einen Kellner rufen. Er legitimierte sich, worauf ihm der Major die Dienstmarke entriß, ihn beschimpfte, von der Dummheit der blauen Polizei sprach usw. Schließlich wurde dem Beamten gedroht, man werde ihn die Treppe hinunterwerfen. Nach langen Auseinandersetzungen forderte der Major Gartner die anderen Jeder auf, das „Miltpferd“ stehen zu lassen und mit ihm in die Kaserne zu gehen. Beim Abzug bekam der Beamte noch mancherlei Lebenswichtigkeiten zu hören. Wegen dieses unqualifizierten Benehmens ist der Major einstweilen beurlaubt worden und nicht wegen des Zusammenstoßes mit dem Stadtrat Böck, worüber eine Untersuchung erst eingeleitet ist.

Maslow verurteilt. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Kommunisten Maslow wegen Grenzüberschreitung und Tragen eines falschen Passes, durch den er sich einer Verhaftung entziehen wollte, zu acht Monaten Gefängnis ohne Einrechnung der Untersuchungshaft.

Der Entwurf dazu stammt von Siegmund v. Weech in München. Die ersten Proben des neuen Siegels sind von der Münchener Firma Josef Baintner ausgeführt worden. Siegmund v. Weech hat eine streng konstruktive sachliche Lösung geschaffen, die sich in der Grundform eines Sechsecks dem Rund der Umföhrst schon einfügt. Er hat hier die ganze Arbeit verwerten können, die in den letzten Jahren bei der Schaffung eines neuen Reichsadlers unter Leitung des Reichskunstwartes geleistet worden ist. Sein Adler erscheint auf dem Titelblatt des Protokolls der Reichshulkonferenz und ist auch in mehrfarbiger Ausführung für den Einband des neuen Reichshandbuchs vorgesehen. Der Reichshaushaltsplan für 1922 dagegen, auf dessen Titelblatt mehrere Schriftzettel stehen, zeigt den für Schrift besonders geeigneten Adler, den Rudolf Koch-Offenbach geschaffen hat.

Eine europäische Stadt in der Mongolei. Reisende, die aus der großen Provinz Kan'u nach Peking zurückkehrten, berichteten, daß sie in der Wüstentregion der Mongolei durch den Anblick einer weit ausgebreiteten, fruchtbaren Ebene verblüfft worden seien. Sie hätten nämlich in der Gegend der Quelle des Gelben Flusses das mongolische Gebiet betreten und seien hier plötzlich auf eine Stadt gestoßen, die mitten in einer Ebene lag und viele im westlichen Stil erbaute Häuser zeigte. Als sie die Stadt betreten, machten sie die Entdeckung, daß sie ein christliches Gemeinwesen vor sich hatten, das von einem Belgier begründet worden ist, der unter dem chinesischen Namen Min-Ju-Ching bekannt ist, dessen wahren Namen aber niemand weiß. Wie verlautet, hat dieser Min-Ju-Ching das Land vor mehreren Jahren angekauft und sofort damit begonnen, die Hilfsquellen seines Gebietes zu erschließen. Er richtete an die Chinesen die Aufforderung, zu ihm zu kommen, und lehrte diejenigen, die die Erlaubnis folgten, die Landwirtschaft nach wissenschaftlicher Methode zu treiben und das Land zu bewässern. Allmählich wuchs die Zahl der Einwanderer, und heute zählt die Stadt etwa 2500 Familien, darunter vier belgische, vier französische, acht holländische und zwei englische. Das ganze Gelände, das inmitten einer Wüste liegt, ist in Distrikte und Sektionen geteilt. In jeder Sektion befindet sich eine Kapelle. Der gesamte Distrikt wird von einer gewählten Vorsteherchaft verwaltet. Das Eingreifen chinesischer oder mongolischer Beamten wird nicht zugelassen; diese Unabhängigkeit hat die Siedler festlich nicht nur Geld, sondern auch Blut gekostet. Nach der Aussage der Reisenden ist das Land vorzüglich bebaut und besitzt eine Polizei, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten weiß. Männer und Frauen sind fleißige Arbeiter, und jede Familie besitzt zwei oder drei Ochsen, ein paar Pongs und Maulesel und Schafherden von fünf bis zweihundert Stück. Die Schnelligkeit, mit der die Wasser des Gelben Flusses an dieser Stelle fließt, bereitet der Bewässerung zunächst große Hemmnisse. Durch Anlage von Staugraben gelang es aber, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden und ein Netzwerk zu schaffen, das imstande ist, alle landwirtschaftlichen Betriebe der Ebene mit Wasser zu versorgen. Die Chinesen haben der europäischen Oasenstadt in der Mongolei den Namen „Blüte der Wüste“ beigelegt.

Die Kunstausstellung Alfred Keller hat ihre Räume nach Kurfürstendam 44 verlegt und eröffnet hier am 2. März, mittags 12 Uhr, eine Schau von Berlin Emil Roldes.

„Luxussteuerfrei“.

Wie die Agrarier ihr Geld anlegen.

Die Rotleidenden, die kürzlich wieder in Berlin ihre alljährliche Landwirtschaftswoche abhielten, klagen nicht nur über den gegenwärtigen Staat und ihre eigene Not, sie wissen auch gewissenhaft die Wege zu finden, wie man das über alles geliebte Vaterland um die nötigen Steuern beschummelt.

Ein Parteigenosse, der zufällig darauf stieß, schreibt uns über seine Beobachtungen:

Am Dienstag, den 14. Februar 1922, war ich zufällig im Hotel „Russischer Hof“ und sah dort Teppiche ausgestellt. Aus einem gewissen Interesse heraus erkundigte ich mich nach dem Preise derselben und hörte, daß ich schon von 35 000 M. an einen Teppich erhalten könnte.

Später fand ich in einem nebenan liegenden Saale, in dem ich zu einer Sitzung geladen war, den beiliegenden Zettel. Ich ging nunmehr erneut zu der Teppichausstellung und als ich da wieder nach meinem Begehre gefragt wurde und ich erklärte, daß mir die Preise zu teuer seien, wurde mir zur Antwort: „Ja, es sind ja auch ganz ausgefuchste Stücke. Gebrauchsteppiche haben wir nicht. Die Landwirte, die gerade in Berlin sind, wollen ihr Kapital anlegen und da kommen natürlich nur teure Sachen in Betracht.“

Der erwähnte Zettel hat dieses Aussehen:

Die von Mitgliedern des

Deutschen Offizier-Bundes (DOB.)

und den ihm nahestehenden Kreisen gekauften

Perferteppiche

stellen wir während der Landwirtschaftlichen Woche zwecks Weiterverkauf aus und zwar im Hotel Russischer Hof (Roter Saal) gegenüber Bahnhof Friedrichstraße). Beste Qualität. Billigster Gelegenheitskauf. Luxussteuerfrei. Sicherste Kapitalanlage. Dauernd steigender Wert, da Einfuhr unmöglich. Versäumen Sie nicht, unsere Ausstellung zu besichtigen.

(Name der Firma). Teppich—Kunst—Gemälde.

Unter Mitarbeit und Kontrolle des

Deutschen Offizierbundes.

Es ist schon ein Gemüß, die Deutschmonarchisten über die Schieber und Bucherer und die „neuen Reichen“ zeternd zu hören. Noch schöner aber ist es, wenn man sie selbst am Werke sieht, ihre durch unerschämte Lebensmittelpreise ergatterten Blutmillionen in „Luxussteuerfreien“ Perferteppichen als „sicherste Kapitalanlage“ unterzubringen. Daß da der DOB. auch „kontrollierend“ mitmacht, ist nur ein besonderes Zeichen der Zeit.

Wieder Flugzeugbau?

Mit dem 5. Mai soll bekanntlich das Flugzeugbauverbot der Entente für Deutschland aufgehoben werden. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß Mitte nächsten Monats der Reichsminister die Bestimmungen bekanntgeben wird, unter denen die deutsche Flugzeugindustrie ihre Arbeit wieder aufnehmen kann. Für das Wiedererwachen der deutschen Luftfahrt wird es vor allem darauf ankommen, welche Motorenentypen Deutschland gestattet werden, da von der Stärke der Maschine auch die Art des Flugzeuges abhängig ist. Während es der Industrie in verhältnismäßig kürzerer Zeit möglich sein würde, kleinere Flugzeugmotoren von 50—100 PS. herzustellen, würde die Aufnahme der Fabrikation für große Maschinen, so wie sie z. B. im Post- und Ueberlandverkehr heute benötigt werden, mindestens sechs Monate in Anspruch nehmen, so daß also ein Luftverkehr mit den im Ausland üblichen großen Maschinen kaum vor dem Ende des Jahres möglich wäre.

Das Saarparlament — ein Hohn.

Wie das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Dr. Hector, den Führern der politischen Parteien auseinandersetzt, geht der Plan der Saarregierung dahin, an Stelle der jetzigen acht „Ersatz“-Parlamente (die Kreis- bzw. Bezirkstage und die Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung) eine einheitliche Volksvertretung zu setzen, jedoch behält sich die Regierung vor, die eine Hälfte zu ernennen, die andere soll aus allgemeinen Wahlen hervorgehen. Dieses Parlament soll aber nach wie vor nur eine begrenzende Tätigkeit ausüben dürfen. Die Parteivorsitzenden lehnen es ab, eine derartige Karikatur als Erfüllung des einmütigen Wunsches der Bevölkerung nach einem Saarparlament anzuerkennen.

Italiens neue Regierung.

Das Kabinett Facta, der als ein Freund des einstigen Kriegsgegners und dauernden Nicht-Verfallers Giolitti bezeichnet wird, ist nun gebildet und hat folgende Zusammensetzung: Ministerpräsident, Amers und Wiederanbau der besetzten Gebiete Luigi de Facta (Demokrat); Auswärtiges Senator Schanzer; Kolonien Amendola (Demokrat); Justiz und Kultus Luigi Rossi (Demokrat); Finanzen Bertone (Freisinnige Volkspartei); Schatzamt Beno (Demokrat); Krieg Panza die Scuola (Bauerngruppe); Marine de Vito (Demokrat); Unterrichts Anile (Kathol. Volkspartei); Öffentliche Arbeiten Riccio (Rechtsliberaler); Ueberbau Bertini (Katholische Volkspartei); Handel und Industrie Leopoldo Rossi; Arbeit und soziale Fürsorge Sbarba (Reformsozialist); Post und Telegraphen Herzog Colonna di Celso.

Rom, 27. Februar. (Natl.) Vor der Bildung des Kabinetts hatte Facta eine Unterredung mit Vertretern der sozialistischen Parlamentsfraktion, denen er sein Regierungsprogramm vorlegte. Die sozialistischen Vertreter erklärten, daß angesichts der Zusammensetzung des Kabinetts für die sozialistische Fraktion kein zwingender Grund bestehe, ihre oppositionelle Haltung aufzugeben.

Luigi de Facta ist 1861 in Pinerolo im Piemont geboren, wo er sich als Rechtsanwalt niederließ. Er gehört der Kammer seit 1892 ununterbrochen an. Auf politischem Gebiet ist er als Vertreter der Anhänger Giolittis zu bezeichnen. Im Kabinett Orlando war de Facta Justizminister und hatte als solcher nach dem Kriege den ersten Amnestieerlaß vorbereitet. Im letzten Kabinett Giolitti war de Facta wieder Finanzminister.

Mailand, 27. Februar. (Natl.) Nach langwierigen Verhandlungen ist es gestern zu einer Verständigung zwischen den städtischen Behörden und den Kommunalangestellten gekommen. Die Arbeit wird Montag wieder aufgenommen.

Deutschösterreich soll weiteres Eisenbahnmateriale an Italien abliefern — so steht die Hypothese in Wahrheit aus.

Der oberste Belagerungsstand infolge der Petersdorfer Ereignisse ist aufgehoben.

Dogmatik der „Erwachenden Adjazenz“, mit denen sie den Wahlkampf begannen, sind von der Budapester Polizei entfernt worden.

Elektrische Stadtbahn.

In kurzem Beginn der Bauarbeiten.

Die Vorarbeiten für die Elektrifizierung der Berliner Stadt-Ring- und Vorortbahnen sind nunmehr beendet. Eine Reihe wichtiger Versuche über die Art der Fahrzeuge und über die Stromart sind zum Abschluß gekommen und haben zur Bestellung von Probewagen in verschiedenen Ausführungen geführt.

Die Kosten für die Ausführung der Elektrifizierung werden bei dem heutigen Stande der Geldentwertung Milliarden betragen. Für die Durchführung der Elektrifizierung der beiden Nordbahnstrecken Stettiner Bahnhof—Hermsdorf und Stettiner Bahnhof—Bernau ist in den außerordentlichen Haushalt ein Teilbetrag von 0,12 Milliarden eingestellt worden. So dürfte bei Zugrundelegung der heutigen Preise die Durchführung elektrischer Zugförderung auf dem Nord- und Südring schon jetzt über eine Milliarde betragen. Der Betrieb elektrischer Bahnstrecken stellt sich besonders bei einem Massenverkehr, wie ihn die Berliner Bahnen aufzuweisen haben, billiger als der Dampftrieb, allerdings nur so lange, als die Anlagelkosten ein bestimmtes Maß nicht überschreiten. Steigt der Preis für elektrische Fahrzeuge weiter, so ist es fraglich, ob die bisherige Betriebsform nicht wirtschaftlicher ist. Allerdings kann die Leistungsfähigkeit der stark überlasteten Stadt- und Vorortstrecken auf keinem anderen Wege als dem der Elektrifizierung gesteigert werden, wenn man sich nicht zu einer vollständigen Umgestaltung der Berliner Eisenbahnanlagen entschließt.

Die Bauarbeiten, die den Umbau der Nordbahnstrecken ausführen soll, wird in den ersten Märztagen in einen Barackenbau auf dem Vorplatz des Bahnhofes Gesundbrunnen überführt, dessen Fertigstellung schon zum 1. Januar beabsichtigt war und durch Bauarbeiterstreik, Kälte ufm. sich bis jetzt verzögert hat. Der Beginn der eigentlichen Bauarbeiten auf den Strecken selbst steht unmittelbar bevor.

Die Unterschlagung bei der Polizeihauptkasse

Verhaftung des Haupttäters.

Bekanntlich ereignete vor zwei Monaten die Veruntreuung bei der Berliner Polizeihauptkasse großes Aufsehen. Der Unterwachtmeister der Schutzpolizei Willy Zibler, ein Mann von 25 Jahren, der in der Stendaler Straße 19 wohnte, hatte es als Hilfsarbeiter bei der Polizeihauptkasse verstanden, sich durch schwere Urkundenfälschungen 350 000 M. Amtsgebehr anzueignen und war eines Tages damit verschwunden. Auf seine Ergreifung wurde eine Belohnung von 20 000 M. ausgesetzt. Die Ermittlungen ergaben, daß Zibler in dem Unterwachtmeister Willy Fechner einen Helfershelfer gehabt hat. Fechner wurde bekanntlich von Beamten der Schutzpolizei in Köpenick ergriffen, als er in Begleitung seiner Schwester von Hirschberg in Schlesien nach der Wohnung seiner Mutter zurückkehrte. Zibler war, als er seinen Freund in Hirschberg verließ, ohne Angabe eines Zieles weggegangen und seitdem verschwunden. Die Kriminalpolizei fand Spuren von ihm u. a. in Magdeburg, Rethen und Leipzig und ermittelte auch, daß er mit mehreren Personen in Berlin noch in Verbindung stand. Diese Personen wurden beobachtet und ein Mann, von dem festgestellt wurde, daß er von Zibler Geld in Verwahrung hatte, festgenommen. Als Zibler in Leipzig in Gewahrsam gebracht wurde, schrie er an diesen Mann nach Berlin. Er verabschiedete mit seinem Berliner Vertrauensmann eine Zusammenkunft auf dem Hauptbahnhof in Leipzig. Jetzt fuhr Kriminalkommissar Dr. Grünberg, der die Ermittlungen leitete, mit Beamten dorthin und nahm ihn, als er im Automatenrestaurant erschien, um den Berliner mit dem Gelde zu erwarten, fest. Der Verhaftete wird heute nach Berlin zurückgebracht werden. Er behält kein Geld mehr. Im Laufe der Untersuchung gelang es, von der veruntreuten Summe ungefähr 600 000 M. wieder herbeizuschaffen.

Der Postflugplatz auf dem Tempelhofer Feld.

Die Tempelhofer Bezirksversammlung stimmte in ihrer vorstehenden außerordentlichen Sitzung auf Antrag des Bezirksamts dem Plan des Reichsverkehrsministeriums grundsätzlich zu, auf dem östlichen Teil des Tempelhofer Feldes einen Zwischenlandungsplatz für den Post- und Reise-Flugverkehr anzulegen. Der Platz soll in einer Größe von 2500 Quadratmetern der unmittelbaren Verbindung der jetzt auf dem eigentlichen Flugplätzen Staaken und Johanniethal endigenden und beginnenden Fluglinien dienen. Unabhängig und kommunal selbst den Antrag ab; die Bürgerliche und SPD-Fraktion treten ihm bei mit dem bereits vom Bezirksamt ausgesprochenen Vorbehalt, daß die eigentlichen Zwecke des östlichen Tempelhofer Feldes, der Erholung und dem Sport der Bevölkerung zu dienen, dadurch nicht beeinträchtigt werden. Insbesondere wurde das Bezirksamt ersucht, den Gerüchten wegen der Anlage eines Verschiebebahnhofs auf dem östlichen Tempelhofer Felde nachzugehen und mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten, daß der Zwischenlandungsplatz möglichst günstig, ohne Beeinträchtigung der Erholungszwecke des Feldes, angelegt werde.

Die Villa in Tegel.

Geheimnisvolle Beraubung eines Engländers.

Den Ausländern in Berlin begegnen neuerdings die seltsamsten Abenteuer. Nach der bisher noch unaufgeklärten „Ausplünderung“ eines Bulgaren in einem Hause am Büchserplatz, über die wir berichteten, ist jetzt der Engländer John Henry Wepner das Opfer eines geheimnisvollen Schwindels geworden.

Wepner hatte erst die Absicht, seine Einkaufsgeschäfte in Köln zu erledigen. Dort war er aber einen Mann, der sich für einen Kaufmann Heinrich Prühl aus der Feuerstr. 32 zu Schöneberg ausgab und ein Interesse daran zu haben schien, daß der Engländer seine Einkäufe in Berlin erledigte. In Berlin angekommen, erklärte „Prühl“, seine Stadtwohnung in der Feuerstr. 32 sei noch nicht ganz in Ordnung, und er möchte deshalb zunächst lieber nach seiner Villa in Tegel fahren, wohin er den Engländer als seinen Gast einlud. Prühl erzählte, daß seine Frau sich ausenblicklich auf Reisen befinde und deshalb die ganze Wirtschaft führe. In dieser Villa wohnte der Engländer mehrere Tage als Gast des angeblichen Prühl, der sich von vornherein bereit erklärt hatte, ihm bei seinen Einkäufen zur Seite zu stehen. Nach den Anweisungen seines Gastes besorgte „Prühl“ auch die Geschäfte, zum Teil allein, zum Teil gemeinsam mit dem Engländer. Jeden Abend fuhr er beide mit einem Auto, wie der Gast meint, einem Privatwagen, nach Berlin, um sich die Stadt bei Nacht anzusehen. Nachdem nun für über 300 000 M. Waren aller Art: 7 Pelzgarmenten, 1000 Thermometer, 12 Barometer, Schreibpapier, Rauchentwürfen, Seidenstrümpfe, photographische Apparate, Objektive, 8 Dutzend Taschenuhren ufm. zusammengekauft und in Reisetkoffer gepackt worden waren, fuhr man nach einem Abschiedsmahl, bei dem u. a. auch Cherry-Brandy getrunken wurde, mit dem schwerbeladenen Kraftwagen nach Berlin, von wo gestern Abend um 10,50 Uhr der Engländer vom Anhalter Bahnhof aus heimfahren wollte. Zur Abfahrt vom Bahnhof kam jedoch der Engländer nicht. Er fand sich vielmehr erst am nächsten Morgen um 7 Uhr in einem Schuppen am Kupfergraben allein wieder. „Prühl“, das Auto, die eingekauften Waren und selbst das Handgepäck des Engländers und seine Briefstapsche mit dem Gelde waren verschwunden. Die Briefstapsche enthielt noch 1700 französische Franken und 85 bis 40 000 M. deutsches Geld. Wie er in den Schuppen gekommen

und was sonst mit ihm nach der Abfahrt aus der Villa noch geschehen ist, weiß Wepner nicht zu sagen.

Die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben, daß Feuerstr. 32 in Schöneberg ein unbebautes Grundstück ist. Alle Angaben „Prühl“ über seinen Telefonanruf usw. erwiesen sich als falsch. Ob Wepner wirklich in Tegel in einer Villa gewesen ist, ließ sich noch nicht feststellen. Der Engländer selbst weiß darüber nichts, weil er mit den Berliner Verhältnissen nicht vertraut ist und immer im geschlossenen Auto mit seinem Gastgeber gefahren ist.

Hallenportfest der Arbeiterportler.

Vom Kartellverband für Arbeiterport werden wir um nachstehenden Hinweis gebeten: Der Kartellverband für Sport und Körperpflege, bestehend aus sämtlichen Arbeiter-Sportorganisationen Groß-Berlins, veranstaltet am Sonntag, den 19. März, im Sportpalast, Potsdamer Straße 72, sein erstes großes Hallenportfest. Die Arbeiterportbewegung hat mit dem patriotischen Brimborium und mit dem Preisportzentrum der bürgerlichen Sportbewegung nichts zu tun. Die Arbeiter-Sportorganisationen stehen auf dem Boden der klassenbewußten Arbeiterklasse. Darum ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse den Bestrebungen dieser Organisationen vollste Unterstützung zuteil werden läßt. Am 19. März wird sich die Groß-Berliner Arbeiterklasse von den Leistungen ihrer sporttreibenden Arbeitsbrüder und -Schwestern überzeugen können. Eintrittspreis für alle Plätze einheitlich 6 M. Karten bei allen Arbeiterportern in den Betrieben und im Sporthaus „Nichte“, Köpenicker Straße 108. Beginn der Vorkämpfe 2 Uhr, der Endkämpfe und Sonderveranstaltungen 5 Uhr.

Neue Verkaufsstellen für Fernsprechkarten.

Vom Publikum ist vielfach darüber Klage geführt worden, daß besonders in den Abendstunden nach Dienstschaft auf den Postämtern keine Gelegenheit mehr zum Bezug von Münzen für die Reichsfernsprecher der öffentlichen Fernsprechkarten zu haben sind. Diesem auch von der Reichspostverwaltung anerkannten Uebelstande soll jetzt wenigstens insoweit abgeholfen werden, daß die Verkaufsstellen für den Fernsprecher besonders auf den Bahnhöfen in der Nähe der Fernsprecher zum Verkauf feilgehalten werden sollen. Für Bahnhöfe kämen als solche Verkaufsstellen wohl die Büfets der Bahnhofswirtschaften, in deren Räume meist auch die Fernsprecher in besonderen Zellen untergebracht sind, in Frage. Andererseits könnte der Verkauf dieser Wertmarken, die jetzt zur Benutzung der öffentlichen Fernsprecher unerläßlich sind, auch bei den Schaltern der Fahrkartenausgaben erfolgen. In jedem Falle aber müßte die Verkaufsstelle für die Fernsprechkarten durch Umschau in der Nähe des Automaten bekanntgemacht werden. Eine derartige Regelung kommt jedoch nur für die Fernsprecher auf den Bahnhöfen in Frage. Die zahlreichen in den Straßen aufgestellten Fernsprecher, die meist in Zeitungskiosken untergebracht sind, oder aber in besonderen Kiosken, können aus Mangel an Verkaufsstellen in den Abend- und Nachstunden nicht benutzt werden. Es wäre sicherlich zweckmäßig, auch hier eine besondere Regelung des Verkaufs der Fernsprechkarten durchzuführen.

Aufonnglück auf der Chaussee Wannsee—Potsdam. Sonntag nachmittag stießen auf der Chaussee Wannsee—Potsdam in der Nähe des Restaurants Waldfrieden zwei Automobile mit voller Gewalt zusammen. Der Fahrer und Besitzer des einen Wagens, der Ruffe Stabeleff erlitt schwere Verletzungen und wurde noch dem Krankenhaus Potsdam gebracht, wo er bald darauf starb. Seine Nichte Anastasia Stabeleff, die mit in dem Wagen saß, trug einen schweren Nervenschlag davon und war bis in die späten Abendstunden nicht vernehmungsfähig. Der Besitzer und Fahrer des anderen Kraftwagens, der Kaufmann Rosebaum, Kurfürstendamm 170, ist unverletzt davongekommen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

„Gott schätze Kaiser und Reich.“ Als Wanderer hat man so seine kleinen Erlebnisse, besonders wenn man ein Freund von Altentümern ist. In der offenbar aus grauer Vorzeit stammenden Konditorei von Grass in Eichwalde fand einer unserer Freunde einen ganz neuen Bierunterlag mit der obigen Aufschrift. Wir werden ihn der einzig in Berlin noch vorhandenen Schredenstammer dynastischer Geschmacksigkeiten, dem Hohenzollern-Museum überweisen.

Zur Sarotti-Entschädigungs-Angelegenheit teilt uns der für diesen Betrieb zuständige Verband der Bäcker und Konditoren, gegenüber der am Freitag im lokalen Teil des „Vorwärts“ veröffentlichten Aufschrift des Transportarbeiter-Verbandes folgendes mit: Wenn gelagt wird, es hätte der Firma Sarotti nicht wehe getan, hat einer Million Mark zwei oder etwas mehr auszumessen für die Geschädigten, so müssen wir feststellen, daß die gezahlten Entschädigungen die Summe von 2 1/2 Millionen Mark überstiegen haben. In vereinzelten Fällen, in denen die Entschädigung als betrüblich als zu gering erwiesen hat, ist durch Vermittlung des Verbandes Abhilfe geschaffen worden.

Die Lebensrettung mit Hindernissen. Gestern Abend sah ein Polizeiwachtmeister der Schutzpolizei, wie sich ein junger Mann von der Inselbrücke ins Wasser stürzen wollte. Er rief ihn zurück und brachte ihn trotz seines Widerstandes auf den gegenüberliegenden Bürgersteig. Ein Passant, der sofort, ohne wissen, um was es sich handelte, Partei gegen den Beamten nahm, schlug auf diesen ein, und auch der Selbstmordkandidat fiel über den Beamten her. Erst mit Hilfe eines zweiten Beamten gelang es, die beiden zur Wache zu führen. Hier stellte sich heraus, daß der Lebensmüde betrunken war und, nachdem er seinen Kauf ausgeführt hatte, den ganzen Vorfall aus tiefster Bedauern.

„Vollbildungsdauer Reichsdorf.“ Der letzte Abend des Kurus Wesse: „Witzhais- und sozialpolitische Probleme“ findet heute (Montag), den 27. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr im Felsenklub der 1. Gemeindehalle, Andauer Straße, statt.

Nord an einem Oberoculorumwächler. Der Hüter des Bergwirtsbaues und des bekannten meteorologischen Observatoriums auf dem 2500 Meter hohen Säntis in den Appenzeller Alpen ist mit seiner Frau ermordet worden. Telefon und Telegraph funktionierten schon mehrere Tage nicht mehr, man hatte dies aber auf fallende Schneemassen zurückgeführt. Einzelheiten fehlen noch.

Das erste Motorantriebschiff, das nach Kriegsende auf einer Hamburger Werft („Deutsche Werft, Finkenwärder“) erbaut wurde, hat am Sonntag, den 18. Februar seine Ausreise nach Nordamerika angetreten. Das auf den Namen „Julius Schindler“ getaufte Schiff hat eine Wasserverdrängung von 4000 Tonnen bei einer Länge von 93,5 m, einer größten Breite von 13,8 m und einem Tiefgange im beladenen Zustand von 6,03 m; es ist nur mit einem einzigen Dieselmotor ausgerüstet, der ihm eine Geschwindigkeit von etwa 10 Seemeilen in der Stunde verleiht.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild und zeitweise etwas auffarend, jedoch überwiegend bewölkt, mit leichten Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinarichten.

Morgen, Dienstag, den 28. Februar:

2. Kreis. Freie Schulgemeinde Wedding, 7 Uhr in der Aula des Schiller-Gymnasiums. Parteiliche Mitglieder. Mitglieder der Kommission. Gäste können durch Mitgliedschein eingelassen werden. Wichtige Mitteilungen. 108. Mittelklasse. Oberbarnumer, 7 1/2 Uhr im Hauptsaal des Realschulungsvereins, Zappellstraße. Musikalische Frauenabend. Thema: Heitere Musik.

71. Abteilung. Wilmersdorf. Sämtliche Funktionen werden dringend ersucht, am Mittwoch, den 1. März bei Jonah Durlacher Straße 3, zu erscheinen.

